

Sechs Wochen danach: In Rösrath wird über die große Flut gesprochen

Das Logbuch der Sülz-Sintflut

Rösrather Stadtverwaltung berichtet im Zukunftsausschuss über Ereignisse - Viele Bürger hören zu

VON STEPHAN BROCKMEIER

Rösrath. Die Bewältigung der großen Flut vom 14./15. Juli wird dauern. Lange dauern. Neben einem Todesopfer, mehr als zwölf Millionen Euro Schaden an der öffentlichen Infrastruktur sowie immensen Schäden an Privathäusern haben die Wassermassen auch zu nicht-materiellen Verwerfungen geführt, wie die Sitzung des Rösrather Zukunftsausschusses am Mittwochabend in der Turnhalle des Gymnasiums deutlich machte.

Wieso hat die Feuerwehr-Leitstelle des Kreises zweimal einen Sirenenalarm zur Warnung der Sülz-Anlieger verweigert? Wieso ist der Krisenstab des Kreises, die originär zuständige Katastrophenschutz-Behörde, erst am 15. Juli um 11 Uhr aktiviert worden? „Da waren wir schon fast 24 Stunden im Einsatz“, sagt Christoph Herrmann, Fachbereichsleiter Bauen und Umwelt und an diesem Abend in der Turnhalle fast Alleinunterhalter. Bürgermeisterin Bondina Schulze (Grüne) lässt ihrem Fachmann den Vortritt.

An die 50 Bürgerinnen und Bürger verfolgen die Sitzung mit hoher Disziplin. Fast alle bemühen sich um einen zivilen, respektvollen Ton. Gelegentlich gibt es Beifall, was es an diesem Abend nicht gibt, sind Beleidigungen, höchstens mal eine äußerst zugespitzte Frage. „Warum hat uns der Kreis im Stich gelassen?“, formuliert die vormalige SPD-Landrats-Kandidatin und Parteivorsitzende Tülay Durdu.

Umwelt-Fachbereichsleiter Christoph Herrmann gibt einen ausführlichen Überblick über Abläufe und die Lage und macht keinen Hehl daraus, dass er „angefressen“ ist. Er erwähnt, dass sich die Stadtverwaltung am Mittwoch, 14. Juli, um 14 Uhr zusammengesetzt habe. „Da war die Sülz noch niedrig, aber in Hagen war schon Land unter.“ Um



Hoffnungsthal am Sonntag nach der großen Flut: Berge von Sperrmüll türmen sich am Straßenrand.

Archivfoto: Luhr

15 Uhr habe die Feuerwehr einen Meldekopf gebildet, um 16 Uhr sei der Krisenstab der Stadt aufgestockt worden, um 17.30 Uhr nach einem Hangrutsch die erste Straße gesperrt, um 18.20 Uhr der Campingplatz geräumt worden, um 19.30 Uhr habe die Feuerwehr Lautsprecherdurchsagen gemacht, um 20 Uhr der Kreis den Sirenenalarm abgelehnt, um, wie später Kreisbrandmeister Wolfgang Weiden erklärte, nicht den Notruf durch Nachfragende lahmzulegen.

Später in der Nacht wurde das Wöllnerstift evakuiert. Am Morgen stand das Rathaus unter Wasser, die Verwaltung musste sich wieder handlungsfäh machen. Stand 3. August betrage der Schaden an der Infrastruktur 12,2 Millionen Euro, er werde sich aber noch erhöhen.

Als Sofortmaßnahme seien dann die Brücken kontrolliert worden: „Im Vergleich zum Ahrtal sind wir noch glimpflich da-



Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger verfolgten die Sitzung des Zukunftsausschusses in der Turnhalle des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums und durften ihre Fragen stellen.

Foto: Brockmeier

vongekommen.“ Herrmann kritisiert indirekt die Nachbarstadt Overath wegen der dort bislang nicht begrabenen Pläne für ein neues Gewerbegebiet an der Sülz: Da sei Rösrath wohl schon ein bisschen weiter.

In der Flutnacht sei der Pegel so hoch gestiegen, dass Wasser an Stellen geflossen sei, „an denen wir das nie vermutet hät-

ten“. Gleichwohl sagt er bitter: „Wenn wir in drei Monaten irgendwo einen Damm aufschütten wollen, werden wieder Bedenkenträger kommen und auf Gräser und Laubfrösche hinweisen. Dann wird sich die Solidarität wieder in den einzelnen Fachsichten verlieren.“

Ganz so schlimm ist es am Mittwochabend noch nicht: Da

beschloss der Zukunftsausschuss einstimmig, den Flächennutzungsplan im Bereich des Sülzbogens zu ändern, um sicheres zu stellen, dass sich dort künftig nur noch die Natur ausbreiten darf, aber kein Grundbesitzer und kein Bauträger - und das, obwohl damit auch der Stadt als Grundbesitzerin satte Einnahmen verlorengehen.

Verwaltung leidet unter Schwund

Arbeitsverdichtung im Rösrather Rathaus

Rösrath. Die Stadtverwaltung arbeitet aktuell unter widrigsten Bedingungen. Ursache sind nicht allein die Hochwasserschäden. Sie führen dazu, dass die Mitarbeitenden erst in dieser Woche wieder Normalstrom bekommen und damit auch mal ein Heizföhen anstellen können, wenn's zu frisch wird - denn die Heizung funktioniert auch noch nicht, und nach Einschätzung des Baudezernenten Christoph Herrmann wird es „bis Sommer nächsten Jahres dauern, bis wieder alles normal läuft“.

Ein größeres Problem als die Unterbringung ist der Personalschwund: Dass Mitarbeitende die Stellen hin zu größeren Arbeitgebern mit besseren Bedingungen wechseln, etwa zum Kreis, zu einer Großstadt oder zum Landschaftsverband, beklagen auch andere kleine Verwaltungen. Herrmann im Zukunftsausschuss: „Wir haben im Moment 15 bis 20 Prozent freie Stellen, und zwar auf allen Ebenen.“ Das erleichtert zwar die Unterbringung des Personals, führe aber auch zu einer enormen Arbeitsverdichtung. „Aktuell habe ich drei attraktiv besetzte Stellen ausgeschrieben, aber keine einzige Bewerbung bekommen. Wir müssen neu ausschreiben und verlieren acht Wochen.“ In seinen 32 Jahren bei der Stadt sei es noch nie so dramatisch gewesen.

In der akuten Krise haben die Hauptamtler aus dem Rathaus übrigens auch auf ehrenamtliche Politiker zurückgegriffen. Herrmann dankte dafür, dass diese als „Briefträger“ beim Verbreiten von Informationen zu den Soforthilfen des Landes geholfen hätten. Bislang seien 924 private Anträge mit einem Volumen von zwei Millionen Euro bearbeitet worden. (sb)

Kreis muss sich harten Fragen stellen

Krisenstab erst an Tag 2 der Welle

Rösrath. Das vom Rösrather Baudezernent Christoph Herrmann beschriebene Verhalten der Kreisverwaltung in der Katastrophennacht vom 14. auf den 15. Juli und die Einberufung des Kreis-Krisenstabes erst am Vormittag des 15. Juli hat in der Sitzung des Zukunftsausschusses zu teils heftigen Reaktionen geführt. Es sei nicht hinnehmbar, dass der Kreis den Sirenenalarm verweigert habe, hieß es.

Stadt rät von Streit ab

SPD-Politikerin Tülay Durdu will im Kreistag auf Aufklärung dringen, und auch ihr früherer Parteifreund Brian Müschenborn echauffierte sich: „Wir hatten Glück, dass wir nicht zuhause waren“, sonst wäre womöglich jemand im Souterrain ertrunken. Ein Bürger merkte an, dass er bei einer etwas längeren Vorwarnzeit noch viel Wertvolles aus dem Erdgeschoss in den ersten Stock hätte retten kön-

nen, und der Schaden wäre für ihn weitaus geringer geworden. Linken-Ratscherr Frank Albert von der Ohe fragte schließlich: „Nimmt die Kommune das alles hin oder wird es eine Untersuchung geben?“ Dem trat Dezernent Herrmann mit einem Opportunitätsargument entgegen: „Wir haben noch einige Baustellen, damit der Laden wieder ans Laufen kommt. Wenn wir jetzt anfangen, gegen den Kreis vorzugehen, verlieren wir uns nur in Verwaltungsverfahren.“ Das sei nicht zielführend. Die Stadt müsse abwägen, wo ein Verfahren Sinn mache und wo es nur dazu diene, Anwälte zu beschäftigen.

Auch Grünen-Ratscherr Hardy Schumacher trat der „Mär“ entgegen, dass mit Sirenen alles besser geworden wäre. Im Kalten Krieg hätte noch jeder die Geräusche gekannt, aber „heute weiß doch keiner mehr, was diese Töne bedeuten.“ (sb)

Gegen „Hexenjagd“

Gewerbebetrieb wehrt sich gegen Gerüchte

Rösrath. Mit eindringlichen Worten hat sich der Prokurist der Rösrather Tankservice-Firma Remshagen, Thomas Prinz, gegen eine „Hexenjagd“ gegen Angehörige der Eigentümer-Familie gewendet. Im Ort machen offensichtlich seit Wochen wilde Gerüchte über angebliche Umwelt-Freiveleien auf dem Firmengelände in Leimbach im Zusammenhang mit der Hochwasser-Katastrophe die Runde. „Die Familie kann nicht mehr über den Markt gehen. Es wird mit dem Finger auf sie gezeigt. Es werden Gerüchte gestreut, es sei schon in U-Haft, und es sei wissenschaftlich Öl abgelassen worden. Das ist nicht so. Wir sind Opfer dieses Hochwassers.“ Die Firma habe 1,80 Meter im Wasser gestanden, 80 Prozent des Fuhrparks seien zerstört, und es gehe nun darum, 45 Arbeitsplätze zu erhalten.

Prinz versicherte im Zukunftsausschuss: „Wir haben ein



Remshagen-Prokurist Thomas Prinz am Rande der Sitzung mit der Bürgermeisterin. Foto: sb

hohes Interesse, dass so etwas nicht wieder passiert.“ Die Bezirksregierung habe die Sache untersucht, es werde ein Ergebnis geben. Einen größeren Feuerwehreinsatz habe es tatsächlich gegeben, der aber durch Ölaustritt bei einem benachbarten Gewerbebetrieb ausgelöst worden sei. Die krampfhaft Suche nach Schuldigen nannte der Prokurist „falsch“. Man solle Rücksicht auf Menschen nehmen. Prinz: „Was da passiert ist, ist einfach eine Schande.“ (sb)

Kritik an Absage ebbt nicht ab

Bürgermeisterin plant jetzt eigenen Hochwasser-Termin im Oktober

Rösrath. Mit einer eigenen Veranstaltung im Oktober will Bürgermeisterin Bondina Schulze im Oktober über das Thema Hochwasser informieren. Daran sollen nach den Worten der grünen Verwaltungschefin auch Kreis und Aggervorstand teilnehmen. Im Zukunftsausschuss musste sich Schulze für ihre Absage an die September-Veranstaltung des Vereins „Lebenswertes Sülztal“ Kritik aus der Bürgerschaft gefallen lassen. Sprecher der Fraktionen von CDU, Grünen und SPD ließen in und am Rande der Sitzung erklaren, dass sie sehr wohl der Einladung des „Lebenswertes Sülztals“ folgen werden.

Im Zukunftsausschuss sagte die ansonsten an dem Abend eher schweigsame Schulze, sie habe nach der Einladung der Initiative eine gemeinsame Veranstaltung zu einem späteren Zeit-

punkt angeboten, dazu aber „keine Rückmeldung“ erhalten. Dieser Darstellung widersprach Vereinssprecher Klaus Hasbron-Blume noch in der Nacht und legte eine Mail vor, in dem der Verein sein Angebot an die Stadt, sich zu beteiligen, erneuert hatte. Hasbron-Blume: „Dieses Angebot gilt weiterhin.“

Auf einen nicht politischen, sondern rein persönlichen Aspekt der Vereinsladung wies der Hochwasser-Experte der Stadt, Baudezernent Christoph Herrmann, hin: Wenn der Verein die Stadt dabei haben wolle, hätte er zumindest vorher mal fragen können, ob der Termin passe. Herrmann: „Ich habe den ganzen Sommer durchgearbeitet und bin zu dem Termin in Urlaub. Den werde ich auch nicht stornieren, weil jemand anderes meint, ich müsse meine Familie im Stich lassen.“ (sb)